

Alternativen für Sibirien-Deutsche?

Stärkung der Autonomie statt Auswanderung in die Bundesrepublik

Von Helmut Klüter

Über eine halbe Million Rußland-Deutsche sind in den letzten drei Jahren in die BRD eingewandert. Eine weitere Million hat bereits Ausreiseanträge gestellt. Ausschreitungen gegen Ausländer, rechtslastige Landtagswahlergebnisse, hohe Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR und leere Haushaltskassen deuten darauf hin, daß die Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik nicht unbegrenzt ist. Um so brennender stellt sich die Frage nach Alternativen zur Einwanderung der Rußland-Deutschen. Wie die Ergebnisse einer vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) unterstützten Forschungsreise nach Südwestsibirien, dem größten Siedlungsgebiet der Deutschen in Rußland, zeigen, wirft die Migration auch in vielen Herkunftsregionen große Probleme auf. Mit jeder abwandernden Arbeitskraft verliert die südwestsibirische Wirtschaft 5058 Rubel im Jahr (1990), wobei die Schaffung von Ersatzqualifikationen, Anwerbung und Infrastrukturausgaben für anreisende Familien noch nicht einbezogen ist. Es gibt einige Alternativen, die die politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Lage gerade der Sibirien-Deutschen grundlegend verbessern und so das Migrationspotential verringern könnten.

März 1992. Der schmutzig-trübe, feuchte, grippeträchtige deutsche Herbst-Frühling liegt hinter mir. Nun fahren wir über eine holprige Schotterpiste durch eine Schneelandschaft, die in Deutschland nur im Märchen vorkommt. Ringsumher ist alles weiß. Und trotzdem ist es warm. Die gleißende Sonne laut den Rauhreif auf den Bäumen. Das Ziel ist Kurotschkino, ein kleines Dorf im Norden der sibirischen Altaj-Region. Die ersten Häuser tauchen auf. Der Weg ist plötzlich asphaltiert. Wir fahren zum Dorfsowjet. Ein Gebäude wie in jedem anderen Dorf. Doch vor den Fenstern blühen Blumen. Und das im sibirischen Spätwinter. Der Sowchos-Direktor und der Vorsitzende des Dorfsowjets empfangen uns. Wie die meisten Dorfbewohner sind sie Deutsche. Ja, das Problem der Abwanderung würde jetzt ernste Dimensionen annehmen. Besonders betroffen sei Nowojelowka, einen Kilometer nördlich von Kurotschkino. Hier in Kurotschkino sei es noch nicht so schlimm. Politische Repressionen seitens der Russen gäbe es seit 30 Jahren nicht mehr. Und dennoch – die meisten Deutschen verlassen ihre Dörfer nicht freiwillig. Wenn die Lehrerin, die Kindergärtnerin, der Tierarzt oder der Kraftfahrzeugmechanikermeister abgereist sind, haben die übrigen Dorfbewohner in der Regel keine Wahl mehr. Sie müssen entweder in ein anderes Dorf umziehen, was sehr kompliziert ist, oder nach Deutschland auswandern. Die meisten ziehen das letzte vor. Von den 52 Menschen, mit denen ich auf meiner Reise sprach, war nur einer bereit, unter ganz bestimmten Bedingungen in die Ukraine zu ziehen, wenn er in Sibirien nicht bleiben könnte.

Für die anderen Nachfahren ukrainischer oder Wolga-Deutscher und für alle Sibirien-Deutschen gibt es nur die Ausreise in die Bundesrepublik. Keiner von ihnen würde an die Wolga, in die Ukraine oder nach Königsberg fahren.

Wir gehen eine Straße hinunter, in der fast nur Deutsche wohnen. Vor einem frisch renovierten, blauen Holzhaus bleiben wir stehen. „Vor zwei Monaten ist er mit seiner Familie nach Deutschland gefahren, nachdem er noch im

letzten Sommer das Haus ausgebaut hat“, erklären meine Begleiter. Viele Häuser haben Garagen und Banjas, russische Tannen. In einigen Hinterhöfen stehen schon Kühe, meist sind es zwei, seltener eine. Sie gehören den Sowchos-Arbeitern. Stolz zeigt uns jemand sein Gewächshaus. Auf die Frage, ob er auch schon einen Ausreiseantrag gestellt habe, antwortet er ausweichend. Er zögert. Er hat den Antrag im Hause liegen und füllt ihn gerade aus.

Das Herz des Sowchos ist die Kraftfahrzeugwerkstatt. Sie ist sauber und aufgeräumt. Die Abstellhalle ist vollständig beheizt. Im Nebenraum brennt das Schmiedefeuer. Der alte Schmied sagt, er wolle nicht nach Deutschland. Aber wenn das Dorf auseinanderliefe, müßte er in die Stadt ziehen. Doch für das Stadtleben reiche seine Rente nicht aus. Ja, dann müßte er wohl in die Bundesrepublik fahren. Wie die anderen Dorfbewohner, mit denen ich spreche, ist er noch nie in Deutschland gewesen.

Auch der Sowchos-Direktor würde gern einmal nach Deutschland kommen. Nein, er wolle dort nicht bleiben. Aber das Dorf brauche unbedingt einen neuen Brunnen. Vielleicht könne man die Geräte dafür in der Bun-





Guterhaltene und liebevoll restaurierte Holzhäuser in Kurotschkino.

Fotos: Klüter

desrepublik kaufen. Aber das sei jetzt alles unerschwinglich. Eine Reise in die Bundesrepublik ist jetzt drei- bis viermal teurer als die Auswanderung dorthin.

Es ist Mittag. Wir kommen in die Stolowaja, die Sowehos-Kantine. Von außen ist der einstöckige Holzbau unansehnlich, doch von innen eine Pracht. Die Stolowaja dient gleichzeitig als Hochzeitssaal und ist entsprechend ausgestattet. Hellblau und weiß erstrahlen Wände und Decke. Der ohnehin große Innenraum wird durch eine Spiegelwand noch einmal optisch verdoppelt. Ich bin kein allzu begeisterter Freund deutscher Küche. Doch was mir hier serviert wird, läßt alle Vorurteile verblassen. Das Weißkraut ist in einer marinierten Paprikaschote versteckt und mit verschiedenen unbekanntem Kräutern gewürzt. Die Rinderlende ist von schmackhaften Kartoffeln umgeben. Das Ganze sieht so farbenprächtig aus, daß ich zum ersten Mal in meinem Leben ein Mittagsmenü fotografiere. Nachdem eine Schulklasse verpflegt ist, setzen sich die Küchenzauberer an den Tisch und verraten mir einen Teil ihrer Geheimnisse. Die Paprikapflanze ist eine Spezialzüchtung aus Kurotschkino. Auch alle anderen Zutaten stammen aus dem Dorf.

Zu essen gab es bisher genug. In den großen Städten ist das wegen der Umstrukturierung der Wirtschaft nicht immer so. Der Rajon (Landkreis) Talmenka, in dem Kurotschkino liegt, ist reich. Zuckerrüben werden dort angebaut. Doch es gibt keine Zuckerfabrik. Die Rüben müssen gelagert und dann nach Süden in die 200 km entfernte Fabrik von Bijsk gebracht werden. Wenn man eine eigene Fabrik hätte, könnte man Novosibirsk versorgen. Die Millionenstadt, 120 km nördlich von Ku-

rotschkino, bekam früher ihren Zucker aus der Ukraine. Seit deren Unabhängigkeit gibt es in Novosibirsk und vielen anderen russischen Großstädten keinen Zucker mehr.

Zum Abchied fahren wir auf die andere Seite des Jelowka-Flüßchens in den Wald. Es gibt kaum etwas Stimmungsvolleres als weiße Birken und dunkle Kiefern in einem sonnenbestrahlten sibirischen Winterwald. „Würden Sie das alles hier im Stich lassen?“, fragen mich meine Begleiter. Ich zucke die Schultern: „Das ist eine Frage, die jeder mit seiner Familie entscheiden muß. Es wäre gut, wenn Sie sich Deutschland vor der Entscheidung anschauen könnten. Einen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft werden Sie dort mit Sicherheit

nicht bekommen. Und einen solchen Wald werden Sie bei uns nirgends finden.“

Die Autonomie der Altaj-Deutschen

In der Altaj-Region gibt es viele Dörfer wie Kurotschkino. Mit 169 100 km² ist der „Kraj“ – so die offizielle Bezeichnung der Verwaltungseinheit – halb so groß wie die Bundesrepublik und hat 2,6 Millionen Einwohner. Seine Landwirtschaft ist eine der reichsten der 80 Gebietseinheiten in der Russischen Föderation. Die Zahl der Deutschen betrug 1989 etwa 127 000, die der Deutschstämmigen etwa 80 000 bis 120 000 und die Zahl ihrer nicht-deutschen Ehepartner und Kinder noch einmal 100 000 bis 150 000. Wenn der Auswanderungsstrom anhält wie bisher, verliert der Kraj in den nächsten sieben Jahren ein Achtel seiner Bevölkerung an die Bundesrepublik. Was tut die Kraj-Regierung dagegen?

Am 1. Juli 1991 wurde die Autonomie des Deutschen Nationalen Rajons wiederhergestellt. Der Rajon – oder Landkreis – liegt 300 km westlich von Barnaul, der Hauptstadt der Altaj-Region. Er ist etwa 1500 km² groß. In 16 Dörfern wohnen etwa 21 000 Einwohner, von denen 18 000 Deutsche sind. Der Rajon hat besondere Selbstverwaltungsrechte, der überwiegende Teil seiner Schulen wird auf die Unterrichtssprache Deutsch umgestellt, die deutschen Zeitungen werden erweitert, Kulturzentren sollen eingerichtet werden.

Nach dem Bau der Transsibirischen Eisenbahn Ende des letzten Jahrhunderts ergoß sich ein Strom von Siedlern aus den überbevölkerten



Agrarregionen Zentralrußlands und der Ukraine über Westsibirien. Die Deutschen unter ihnen bildeten dabei eigene Siedlungen, deren besonderer Status 1910 von der Stolypin-Regierung bestätigt wurde. 1927 wurde aus damals 57 Dörfern der Deutsche Rajon mit dem damaligen und heute wieder erstehenden Hauptort Halbstadt gebildet. 1938 wurde er aufgrund eines Parteibeschlusses aufgelöst.

In der Souveränitätserklärung der russischen Föderation vom 12. Juni 1990 heißt es: „Alle Völker der UdSSR und der RSFSR haben das Recht auf nationalstaatliche Selbstbestimmung.“ Noch im selben Jahr legte die Arbeitsgruppe für Nationalitätenfragen der Kraj-Regierung eine Dokumentation zur Wiederbegründung des Deutschen Rajons vor. Die Studie enthält die wichtigsten historischen, wirtschaftlichen und politischen Angaben über den Rajon sowie einen Verfassungsvorschlag. Er basiert auf der Verfassung der früheren Deutschen Wolga-Republik, die ebenfalls abgedruckt wurde. Als weitere Autonomie-Beispiele wurden die Rechte der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein, die der Katalanen in Spanien und andere Modelle diskutiert.

In den betroffenen Gebieten wurde eine Abstimmung durchgeführt. 65 Prozent der Deutschen und 90 Prozent der Russen sprachen sich für die Wiederbegründung des Deutschen Rajons aus. Dieses paradoxe Ergebnis hängt mit der Kampagne der wolga-deutsch-dominierten „Wiedergeburt“ zusammen. Deren Funktionäre lehnten den Rajon ab, weil er das für die Wiederbegründung der Wolga-Republik notwendige Siedlerpotential verringern könnte.

Die damaligen Pläne der Kraj-Regierung sahen für den Fall eines Erfolgs des sibirien-deutschen Rajons den Anschluß oder die Assoziierung weiterer Gebiete vor. Mit Hilfe einer entsprechenden Angebotspolitik hätte man die Flüchtlinge aus Mittelasien und Südkasachstan einbürgern können. Viele von ihnen müssen sowieso in Südwestsibirien Station machen, da die neuen GUS-Staaten noch keine diplomatischen Direktkontakte zur Bundesrepublik haben und die Auswanderung nicht abwickeln können. Mit dem Wachstum an Einwohnern und Fläche sollte der Autonomiestatus des Rajons entsprechend aufgewertet werden – über eine „Autonome Oblast“ bis hin zu einer „Deutschen Zemlja“ (= Erde, Land). Ihre Lage im Nordwestzipfel des Kraj hätte es erlaubt, sie nach und nach mit den deutschen Siedlungsgebieten in den angrenzenden Oblasti Novosibirsk, Omsk und Pavlodar (Kasachstan) zu vereinigen.

Doch die Erfolge lassen auf sich warten. Der kleine und übersichtliche Deutsche Rajon hätte zum Musterbeispiel für westdeutsche Maßnahmen zur Unterstützung der Rußland-

deutschen und zur Verringerung des Aussiedlerstroms werden können. Vor etwa einem Jahr versprach der deutsche Staatssekretär Horst Waffenschmidt großzügige Hilfe beim Aufbau des Rajons. Das deutsche Innenministerium vergab die Planung der Hilfsprojekte an den „Verein für das Deutschtum im Ausland“ in St. Augustin bei Bonn. Der Verein war wie das Ministerium streng auf die Wiedererrichtung der Wolga-Republik fixiert und ging alles andere entsprechend langsam an. Die Ausführung der Projekte endete nicht selten bei einem einzigen westdeutschen Unternehmer – und der tat fast nichts. Außer einem ungenügenden Wohnungsbauprogramm für Halbstadt und einer kleinen Käserei konsumierten die Westdeutschen die bewilligten Mittel vor allem für sich selbst und ihre Reisen. Viele westdeutsche Beamte des Innenministeriums und Angehörige der von ihnen beauftragten Dienste haben kaum Auslandserfahrung und sind mit den besonderen wirt-

schaftlichen und politischen Verhältnissen in Rußland nicht vertraut. Oft höre ich auf meiner Reise: „Sie verstehen uns einfach nicht. Wenn wir ihnen zehnmals etwas erklärt haben, kommt zum Schluß eine Frage, aus der hervorgeht, daß sie nichts begriffen haben.“ Ein hoher Altaj-Beamter resümiert rückblickend: „Noch ein Jahr diese Art von „Hilfe“ – und man braucht uns nicht mehr zu helfen. Dann sind die Sibirien-Deutschen in der Bundesrepublik.“

Empfehlungen für ein Sofortprogramm

Gemeinsam mit Kollegen vom Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften und dem „Siberian International Centre for Regional Studies“ wurde ein Programm erstellt, mit dem die Emigration in die Bundesrepublik ab-

Tabelle 1: GUS-Regionen mit überdurchschnittlicher Emigration 1990

Raumeinheit	Republik	Nationalität der Emigranten	Anzahl in 1000	Auf 100 000 Ew.
Karaganda	Kasachstan	Deutsche	19	1420
Džambul	Kasachstan	Deutsche	12	1090
Alma-Ata	Kasachstan	Deutsche	16	819
Čimkent	Kasachstan	Deutsche	14	767
Gomel	Belorußland	Polen, Juden	12	755
Minsk (nur Stadt)	Belorußland	Polen, Juden	10	626
Černovcy	Ukraine	Juden, Polen	6	625
Kiev	Ukraine	Juden, Polen	25	543
	Moldova, gesamt	Juden, Rumänen	21	481
Žitomir	Ukraine	Polen, Juden	7	480
Vinnica	Ukraine	Polen, Juden	9	477
Odessa	Ukraine	Juden	12	460
Mogilev	Belorußland	Polen, Juden	6	452
	Kirgisien, gesamt	Deutsche	18	408
Orenburg	Rußland	Deutsche	8	350
Omsk	Rußland (Sibirien)	Deutsche	7	308
St. Petersburg	Rußland	Deutsche, Juden	20	294
Kabardino-Balkarien	Rußland	?	2	266
	Tadžikistan, gesamt	Deutsche	12	233
Moskau	Rußland	Deutsche, Juden	35	224
	Uzbekistan, gesamt	Deutsche, Juden	42	202
Raumeinheiten mit überdurchschnittlicher Emigration			313	
	Übrige Ukraine		36	
	Übriges Rußland	Deutsche, Juden	32	
	Übriges Kasachstan	Deutsche	31	
	Transkaukasien		25	
	Übriges Belorußland		6	
	Baltikum		9	
	Turkmenistan		0,3	
Restliche Raumeinheiten			139,3	
GUS, Baltikum und Georgien insgesamt			452,3	156

Berechnet nach: Nar. choz, SSSR v 1990 g., S. 68–72, 96 (Helmut Klüter)

geschwächt werden könnte. Das Programm geht davon aus, daß der durch die Emigration verursachte soziale Erosionsprozeß in Sibirien noch nicht so weit vorgeschritten ist, wie etwa in Kasachstan. Wie Tabelle 1 zeigt, hatte die Welle der Massenauswanderung Sibirien 1990 noch nicht erreicht. Von den sibirischen Gebietseinheiten gehörte nur Omsk zu den Regionen mit überdurchschnittlicher Emigration. Und auch hier war die Abwanderungsintensität mit 308 Personen auf 100 000 Einwohner noch dreimal niedriger als in den führenden kasachischen Gebieten. Novosibirsk, Kemerovo, Tomsk und der Altaj tauchten nicht in der Tabelle auf, obwohl der rußlanddeutsche Bevölkerungsanteil mit acht bis zwölf Prozent dort ähnlich hoch ist wie in den kasachischen Gebieten der Tabelle 1.

An eine sofortige Bremsung ist wegen der Eigendynamik des Migrationsprozesses (verwandtschaftliche Sukzession, soziokulturelle Zwänge aufgrund der Ausdünnung der deutschen Infrastruktur) nicht mehr zu denken. Beim derzeitigen Stand der Dinge sollte man sich nicht in Ansiedlungsprojekten verzetteln, die heute bei Null ansetzen, entsprechend teuer sind und erst in vier oder fünf Jahren ihre volle Aufnahmefähigkeit erreichen (Ukraine, Wolga, Königsberg). Stattdessen müßte man in erster Linie die Kräfte darauf konzentrieren, die noch überlebensfähigen, sozial intakten und politisch ungefährdeten rußlanddeutschen Siedlungen zu stützen. Das Programm umfaßt sieben Punkte:

1. Vorschlag an die deutsche und russische Regierung über die Eröffnung eines deutschen Konsulats und einer deutschen Handelsvertretung in Barnaul.

Für 18 000 Deutsche in Moskau gibt es eine Botschaft, die 9000 Deutschen in St. Petersburg werden von einem Generalkonsulat betreut, und zu UdSSR-Zeiten gab es für 2000 Deutsche in Kiew ein Konsulat. Für die 80 000 Deutschen im Altaj (oder für die 300 000 in Südwestsibirien) und ihre Angehörigen gibt es nicht einmal einen Honorarkonsul. Zur Regelung ihrer Angelegenheiten müssen sie nach Moskau fahren. Barnaul ist von Moskau weiter entfernt als Frankfurt. Je stärker die Familien durch die Emigration auseinandergerissen werden, desto größer ist der Bedarf an zwischenstaatlicher Kommunikation und Besuchsreisen. In besonderer Weise sind die Deutschen in gemischten Ehen auf das Konsulat angewiesen. Diese Gruppe entscheidet sich in der Regel nicht so schnell zur Auswanderung wie die religiösen Sondergruppen oder rein deutsche Ehepaare. In den Mischehen ist der Wunsch, dem Auswanderungsentschluß einen Deutschlandbesuch vorzuschalten, schon wegen der erwarteten Integrationschwierigkeiten des nichtdeutschen Partners, besonders ausgeprägt. Sollte es ge-

lingen, die Mischehen-Deutschen durch verbesserte und preiswerte Besuchsregelungen sowie durch attraktive Arbeitsplatzangebote im Altaj zu halten, würde der Auswandererstrom um etwa die Hälfte schrumpfen.

Ein Konsulat wäre auch für die bundesdeutsche Öffentlichkeitsarbeit und für die Informationsrückkopplung nach Bonn dringend notwendig. Bisher entscheiden hinter den Türen des Bonner Innenministerium einige wenige Spitzenbeamte über das Schicksal von zwei bis fünf Millionen Rußlanddeutschen – oft ohne sich der Tragweite und Auswirkungen ihrer Maßnahmen oder Verzögerungsmanöver bewußt zu sein. Selbst wenn der Auswandererstrom nicht mehr gebremst werden kann, bleibt die Einrichtung eines Konsulats ein Erfordernis der Menschlichkeit, denn die Emigration ist ein Prozeß, der wohl noch ein Jahrzehnt in Anspruch nehmen dürfte. Viele ältere Leute werden auf der Reise nach Moskau menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt und in Moskau von halbkriminellen Organisationen ihrer letzten Ersparnisse beraubt, bevor man sie endlich in die Botschaft läßt.

Die teilweise dilettantisch aufgezogenen Hilfsprojekte der Bundesrepublik können nur durch ständigen Kontakt mit den örtlichen Unternehmen und Behörden sinnvoll koordiniert und auf Erfolgskurs gebracht werden. Derzeit werden einige Produkte und Dienstleistungen für teures Geld aus der Bundesrepublik ohne Rücksicht darauf importiert, daß sie im Altaj fünf- bis zehnmals billiger erbracht werden könnten. Eine vernünftige und sinnvolle Koordination könnten nur ein Konsulat und eine gleichfalls ständig präsente kompetente Handelsvertretung vor Ort gewährleisten. Eine solche Vertretung könnte auch die teilweise recht intensiven bundesdeutschen Wirtschaftsbeziehungen ins Kusnezsk-Becken, nach Novosibirsk und nach Omsk fördern. Ohne Konsulat und Handelsvertretung sind alle weiteren Maßnahmen zum Abbau der Auswanderung in die BRD zum Scheitern verurteilt.

2. Sozio-ökonomische Inventarisierung und Analyse des Wirtschaftspotentials und der Migrationsintensität in Gebieten mit geschlossener deutscher Besiedlung, insbesondere im Deutschen Nationalen Rajon und im Rajon Talmenka (in dem auch Kurotschkino liegt).

Die damit angestrebte Mikro-Regionalisierung des Problems würde auch gezielte mikroregionale Hilfe ermöglichen. Diese Maßnahmen müßten mit der Regierung des Kraj abgestimmt werden. Die meisten Westdeutschen kommen nach Südwestsibirien mit der Einstellung, sie führen in ein Entwicklungsland. Diese Einstellung ist falsch. Man hat es zwar

mit einer in fast allen Branchen rückständigen Technologie zu tun, andererseits aber mit einem hoch arbeitsteiligen System und komplizierten, sensiblen Organisationsstrukturen. Zur Zeit funktionieren im Altaj noch die alten Wirtschaftsmechanismen und damit die alte regionale Arbeitsteilung. Die Inflation bringt zwar vieles durcheinander, hat aber keineswegs eine derart destabilisierende Wirkung, wie das manchmal in westlichen Medien erscheint. Weite Teile der sozialistischen Wirtschaft funktionieren heute wie früher ohne Geld – durch Warentausch und Zuweisungen. Die Wirtschaft ist wie in großes Rad. Es läuft zwar langsamer, aber es läuft noch und gewährleistet so die Grundversorgung der Millionen-Agglomeration Barnaul und anderer nichtautarker Strukturen.

Auch im Konsumbereich – vor allem auf dem Lande – wird mehr getauscht als gekauft. Viele Menschen leben von Vorräten, die sie jahrelang angelegt haben. „Wir brauchen keine Wurst aus Deutschland. Unsere schmeckt besser, und sie ist billiger. Wir haben nur nicht genügend Produktionskapazitäten“, sagt ein Verwaltungsfachmann. Früher finanzierte der Rüstungskomplex der zerbrochenen Sowjetunion die meisten Investitionen. Jetzt klafft ein riesiges Zahlungsloch. Es wäre sinnlos und gefährlich, die Wirtschaft auf Subsistenzniveau herunterzufahren, Millionen von Arbeitslosen und damit ein unberechenbares Krisenpotential in Kauf zu nehmen. Viele Sibirische nehmen Schlüsselfunktionen in der Wirtschaft ein. Dieses „Human Capital“ könnte man zum Technologietransfer und zur Umstrukturierung der Wirtschaft nutzen. Landwirtschaft, Konsumgüter-, Nahrungsmittelproduktion und Einzelhandel müssen entwickelt werden. Die Sibirische sind das Rückgrat der Landwirtschaft im Altaj. Eine funktionierende Wirtschaft im Altaj kann das Lebensmitteldefizit der nord- und mittelsibirischen Regionen decken und damit zur Entspannung in der gesamten Region beitragen.

3. Erstellung von Raumordnungs- bzw. Regionalen Entwicklungsplänen für den Deutschen Nationalen Rajon und für Talmenka. Erforschung und Vorschläge von Maßnahmen zur Erhöhung der Selbsthaftigkeit der Altaj-Deutschen.

Maßnahmen zur Privatisierung und zur Vermögensbildung der Deutschen stehen hier an erster Stelle. Dabei ist jetzt schon klar, daß die Privatisierung der Landwirtschaft regional unterschiedlich durchgeführt werden muß. Während auf den Schwarzerdeböden unter der Voraussetzung einer entsprechenden kleinlandwirtschaftlichen Maschinenausstattung mit relativ schneller Eigenkapitalbildung gerechnet werden kann, ist dies auf mageren Böden oder in der Zone des dürregefährdeten Ackerbaus – zum Beispiel im Deutschen

Rajon – unmöglich. Zwei oder drei aufeinanderfolgende Mißernten würden jeden privaten Farmer im Deutschen Rajon ruinieren. Erst wenn dort der überwiegende Teil der Bevölkerung durch Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe gesichert ist, könnte man dort die Landwirtschaft privatisieren. Ähnlich vorsichtig muß man die Eigentumsbildung in der Nahrungsmittel- und Konsumgüterindustrie angehen.

Aus den Häusern und Grundstücken, die die deutschen Auswanderer zurücklassen, müßte ein Immobilienfonds für die Flüchtlinge aus Südkasachstan und Mittelasien gebildet werden. Zur Zeit müssen Flüchtlinge aus diesen Regionen im Deutschen Rajon mindestens ein Jahr auf adäquate Unterkünfte warten. Es ist klar, daß sie unter diesen Bedingungen sofort einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik stellen.

Für die deutschen Siedlungen außerhalb des Deutschen Rajons wird die Kraj-Regierung den Status „Nationaler Dörfer“ mit eigenen Schulen, Kindergärten, Zeitungen und Kultureinrichtungen vorschlagen. Rajon und nationale Dörfer sollen die „Körperschaft deutscher Siedlungen im Altaj“ bilden. Diese Körperschaft müßte einer der Träger der Kooperationsprojekte mit der Bundesrepublik sein.

Ein weiterer Punkt besteht in der Förderung von stabilisierenden Schlüsselpositionen. Ärzte, Lehrer, technisches und wirtschaftliches Fachpersonal müßten zum Bleiben stimuliert werden. So lange sie da sind, können auch die auf sie angewiesenen Deutschen im Altaj bleiben.

4. Erstellung eines Programms zur Integration der Arbeitskräfte der Betriebe des militärisch-industriellen Komplexes der Stadt Barnaul in die zivile Wirtschaft der Region mit westdeutscher Hilfe.

Für die Agglomeration Barnaul, in der über die Hälfte der eine Million Einwohner für den militärisch-industriellen Komplex arbeitet und von ihm versorgt wird, ist dies das größte Problem der nächsten zwei Jahre. Da der russische Staat diese Betriebe nicht mehr finanzieren und die Armee deren Produkte nicht mehr kaufen kann, droht hier, wie in anderen sibirischen Metropolen, Massenarbeitslosigkeit. In dem Maße, wie Betriebe der betroffenen Branchen geschlossen werden, müßten Konsumgüter- und Nahrungsmittelerzeugung erweitert werden.

5. Aufbau einer sibirisch-deutschen Universität in Barnaul.

Die Einrichtung einer deutschen Hochschule mit in der BRD und in Rußland gültigen Abschlußdiplomen verfolgt fünf Ziele:

- Ausbildung von hochqualifizierten Lehrkräften für deutschsprachige Schulen und Fachkräften für Wirtschaft, Technik, Verwaltung und Kultureinrichtungen,

- Erforschung der sozio-ökonomischen und technischen Umwelt, der Geschichte, der Wirtschafts- und Kulturaktivitäten der Rußlanddeutschen (Kunst, Literatur, Musik! usw.),

- Effektivierung des Wissens- und Kulturtransfers aus der BRD nach Westsibirien durch fest institutionalisierten Lehrer-, Hochschullehrer- und Studentenaustausch,

- Bindung und Weiterbeschäftigung der derzeit noch vorhandenen deutschen Intelligenz an die Region,

- Weiterbildungsmöglichkeit für die Absolventen deutschsprachiger Gesamtschulen und Gymnasien.

Der letzte Punkt ist besonders wichtig, weil deutschsprachig erzogene Kinder bisher keine Möglichkeit zum deutschsprachigen Hochschulstudium haben. Für die obere Mittelschicht und die Oberschicht der Deutschen ist dies derzeit eines der wichtigsten Auswanderungsmotive in die BRD.

Sowohl von bundesdeutscher wie von russischer Seite ist hier organisatorische Innovation gefordert. Während etwa die USA über ein Netz von Auslandsuniversitäten verfügen, ist das Bildungssystem der Bundesrepublik in dieser Hinsicht völlig unterentwickelt. Die in Barnaul ansässigen Hochschulen sind bereit, ihre Abteilungen für deutsche Philologie, Geschichte und Pädagogik in eine sibirisch-deutsche Universität einzubringen. International renommierte deutsche Lehrkräfte aus der Akademie der Wissenschaften und der Landwirtschaftsuniversität in Novosibirsk haben zugesagt, an einer solchen Universität zu unterrichten.

Gleichzeitig müßten auch die anderen Glieder des deutschen Ausbildungssystem ausgebaut werden (z. B. Berufs- und Fachschulen).

6. Gründung einer sibirisch-deutschen Bank in Barnaul.

Während andere autonome Einheiten in Rußland Ende Januar 1992 ihre eigenen Nationalbanken genehmigt bekamen, haben die Rußlanddeutschen und das westdeutsche Innenministerium dies verpaßt (obwohl wir das Ministerium noch im November 1991 auf diese Möglichkeit hingewiesen hatten). Dabei ist eine von Westdeutschen (Kreditanstalt für Wiederaufbau) und Sibiriendeutschen öffent-

lich-rechtlich kontrollierte sibirisch-deutsche Bank notwendiger denn je. Über diese Bank müßten alle Hilfsaktionen für die Sibirien-deutschen abgewickelt werden. Sie müßte zunächst mit zwei Währungen arbeiten. Westliche Unternehmen sind bereit, auf den westsibirischen Markt zu gehen, wenn ein Teil des Risikos in DM-Garantien abgedeckt ist. Darüber hinaus müßte die Bank die Anschubfinanzierung im Konsumgüter- und Nahrungsmittelbereich leisten. So könnte ein Teil derjenigen Bau- und Versorgungskapazitäten für die Anhebung des Lebensniveaus der Bevölkerung genutzt werden, die mit Auflösung des Rüstungskomplexes brachfallen. (Die Rüstungskonzerne verfügten über eigene Wohnbau-, Infrastruktur-, Versorgungs- und Landwirtschaftseinrichtungen.)

Unter den Bedingungen der galoppierenden Rubel-Inflation verwandeln sich DM-Projekt-Investitionen und DM-Exporterlöse blitzschnell in ausländische Guthaben russischer Unternehmen und Personen. Allein auf bundesrepublikanischen Konten halten sie derzeit über 3,5 Millionen Mark. Die Gelder können wegen der restriktiven Devisenbewirtschaftung seitens der russischen Regierung nicht nach Rußland zurückfließen. Die russische Regierung wiederum muß den 50prozentigen Zwangsumtausch von Devisen aufrechterhalten, weil sonst die Kreditzinsen für die Altschulden der Sowjetunion nicht aufgebracht werden können. Zur Übernahme der Altschulden wurde Rußland von westlichen Banken und Regierungen gezwungen, obwohl jeder weiß, daß nur ein Bruchteil der damaligen Kredite Rußland zugute gekommen ist. Wenn es gelänge, jene 3,5 Milliarden DM zumindest teilweise über die hier vorgeschlagene Bank nach Rußland zurückzuführen, könnte man dementsprechend bundesdeutsche Steuergelder zur Finanzierung des Sofortprogramms sparen.

Nur eine sibirisch-deutsche Bank mit einem Kontrollapparat vor Ort könnte verhindern, daß westdeutsche und russische Projekt-Nehmer und Joint ventures mit DM-Überweisungen und Waren aus der Bundesrepublik spekulieren.

Mit Hilfe der Bank könnte die Mittelvergabe westdeutscher Gelder an sibirische Unternehmen flexibler gestaltet werden. Für manche Aufträge ist es unsinnig, an Nationalitätenquoten festzuhalten, die viel böses Blut schaffen. Damit ist gemeint, daß nur solche Unternehmen in den Genuß von westdeutschen Geldern kommen, die zu einem bestimmten Prozentsatz Rußlanddeutsche beschäftigen. Zur Lösung des Wohnungsproblems im Deutschen Rajon und für die Unterbringung von Flüchtlingen aus Mittelasien wäre es beispielsweise kurz- und mittelfristig vernünftig, die nicht ganz perfekten, aber dafür sehr billigen Fertighäuser im 250 km entfernten Werk Nowo-

¹ Der bekannteste sowjetische Komponist der Gegenwart (Alfred Schnitke) ist Rußlanddeutscher. Einer der wichtigsten Schöpfer des russischen Modernismus in der Literatur, Boris Pil'njak, war ebenfalls Rußlanddeutscher

altajsk zu kaufen. Das ist wirkungsvoller als der Import von Fertighäusern aus der Bundesrepublik oder der Aufbau einer eigenen Fertighausproduktion im deutschen Rajon (die übrigens langfristig durchaus in Betracht käme).

7. Im Rahmen der besonderen Wirtschaftsverfassung für die bereits existierende „Freie Wirtschaftszone Altaj“ muß verhindert werden, daß westdeutsche Investitionen und Hilfsmaßnahmen für die Rußlanddeutschen unter die mörderischen (manche sagen: selbstmörderischen) russischen Steuer- und Devisenabgaberegulungen fallen.

Wir haben Unterschriften für diese sieben Punkte gesammelt. In mehreren Gesprächen mit Behörden, Gebietskörperschaften und Hochschulen erläutern wir unsere Vorstellungen. Alle Verhandlungen werden auf russisch geführt. Die Rußlanddeutschen reagieren verärgert. Es ist offenbar das erste Mal, daß ein Westdeutscher sie bittet, russisch zu reden. Doch um die Probleme zu lösen, brauchen wir das Vertrauen der Russen. Und es sind vor allem Russen, die bereit sind zu helfen. Schließlich unterschreiben sie alle: die Regierung des Altaj, der Bürgermeister von Barnaul und Vorsitzende des sibirischen Städtetages, die deutschen Landräte aus Halbstadt und Talmenka, der Bevollmächtigte der Pädagogischen Universität und andere. Der Berater des russischen Präsidenten in Regional- und Nationalitätenfragen hatte bereits vorab seine Zustimmung signalisiert. Bevor ich unterschreibe, muß in das Programm das Wörtchen „Vorschläge“ eingebaut werden, denn abgesehen von meiner Bereitschaft zur wissenschaftlichen Betreuung und Beratung habe ich keinerlei Kompetenzen.

Auf meinem Schreibtisch liegen das Programm und die Tonbänder der in Sibirien geführten Gespräche. Es ist das erste Mal auf meinen Sibirienreisen, daß keiner meiner Gesprächspartner etwas gegen einen Mitschnitt einzuwenden hatte. Jeder ist sich dessen bewußt, daß jetzt etwas für die Sibirien-Deut-

schen geschehen muß. Vielleicht läßt sich noch die Hälfte von ihnen oder wenigstens ein Drittel von der Auswanderung abbringen. Gelänge das, so hätte es Signalwirkung auf die anderen Regionen mit rußlanddeutscher Bevölkerung. Das wären schon ein bis zwei Millionen weniger Aussiedler für die Bundesrepublik.

In fünf Jahren werden diese Materialien zeitgeschichtliche Dokumente sein. Wenn dann jemand behauptet, es hätte keine Möglichkeit gegeben, den Einwandererstrom aufzuhalten, werde ich ihm sagen, daß er unrecht hat.

Literatur

BARANOVA, N.V.: Esli u naroda net česti, u nego ne budet chleba (Wenn ein Volk keine Ehre hat, wird es auch kein Brot haben). In: EKO 1991, Heft 6, S. 173–179

BERG, E.: Probleme der nationalen Schule. Die eigentliche Wiederherstellung des Deutschen Rayons muß in der Schule beginnen. In: Zeitung für Dich 1992, Nr. 9, S. 8

„Dobro požalovat' v Nemeckij nacional'nyj rajon (Herzlich willkommen im Deutschen Nationalen Rajon).“ In: Novoe vremja vom 5. 3. 1992, S. 2–3

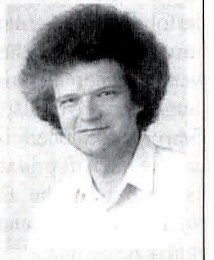
KLÜTER, H., KREKNINA, N.: Die Sowjetdeutschen – überall unerwünscht? In: Studien zur Wirtschaftsgeographie. Gießen 1991

MEL'NIKOV, A.N. ET AL.: Svodnyi analitičeskij otčet k voprosu ob obrazovanii nemeckoj nacional'noj avtonomii na Altaj (Abschlußbericht zur Frage der Bildung einer deutschen nationalen autonomen Einheit im Altaj). Barnaul 1990

MOROZOVA, G.F.: Sovremennye migracionnye javlenija: bežency i emigranty (Migrationserscheinungen der Gegenwart: Flüchtlinge und Emigranten). In: Sociologičeskije issledovanija 1992, Heft 3, S. 34–40

PSAREV, V.I. ET AL. (REDS.): 50 let Altajskomu kraju. Statističeskij sbornik (50 Jahre Altaj. Statistisches Jahrbuch). Barnaul 1987

Zum Autor



Dr. Helmut Klüter, Privatdozent, Jahrgang 1950, war von 1979 bis 1984 Assistent an der Professur für Wirtschaftsgeographie (Prof. Giese) in Gießen. Im Rahmen zweier Forschungsprojekte arbeitete er in den letzten Jahren fünfmal längere Zeit in Sibirien, wobei er das Land vom Hohen Norden bis zum äußersten Süden durchquerte. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Stiftung Volkswagenwerk, das Wirtschaftsinstitut der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften und der Deutsche Akademische Austauschdienst unterstützten ihn dabei. Sowohl die sowjetische wie die deutsche Seite publizierten Ergebnisse seiner Arbeit. Mit einer Studie über „Die Territorialen Produktionskomplexe in Sibirien“ habilitierte er sich 1990 am Fachbereich Geowissenschaften und Geographie der Universität Gießen. Das Buch wurde mit dem August-Lösch-Preis 1989 und 1990 ausgezeichnet.

Spiegel der Forschung

Wissenschaftsmagazin der Universität Gießen

Herausgeber:

Der Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen

Redaktion:

Christel Lauterbach, Pressereferentin, Ludwigstr. 23, 6300 Gießen, Tel.: 0641/702 20 35, Telex: 48 28 56, Telefax: (0641) 7 02 20 39

Anzeigenverwaltung:

Anzeigenagentur Alpha, Bürstädter Straße 48, 6840 Lampertheim 1, Tel.: (062 06) 5 70 21, Telex: 4 65 74

Druck:

„brühl druck + pressehaus giessen“, Am Urnenfeld 12, 6300 Gießen-Wieseck

Auflage:

9000 Expl.

Gedruckt auf elementar chlorfreiem Papier

JUSTUS-LIEBIG-
UNIVERSITÄT
GIESSEN

